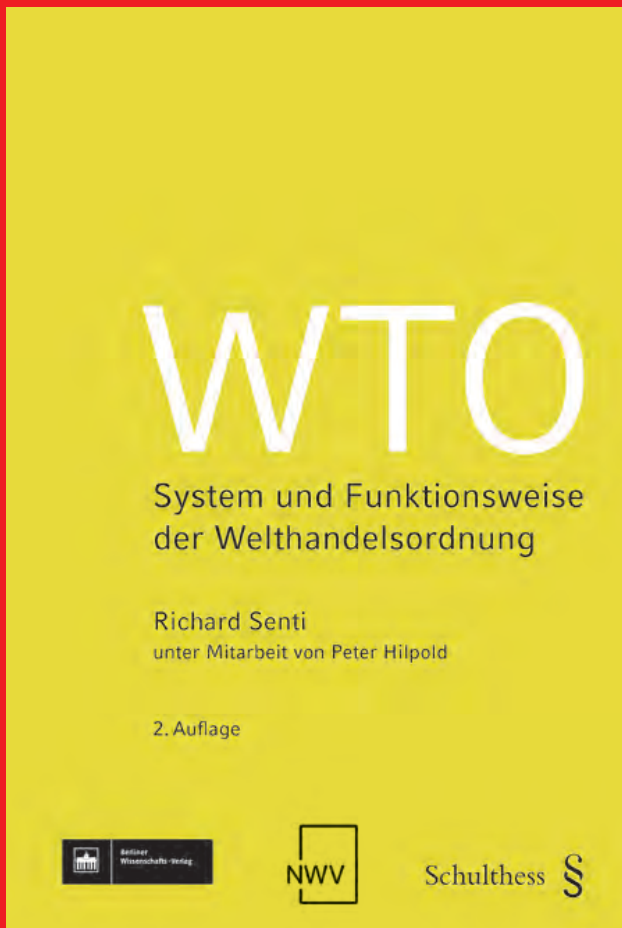


# Über Ökonomen und Ökonomie

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer

Die folgenden vier Bücher handeln von Ökonomen und von Ökonomie. Die Autobiographie Hans-Werner Sinns ist eine der sehr seltenen Autobiographien eines Ökonomen und allein deshalb schon einer Besprechung wert. Die Autoren der Bücher über die Ungleichheit und die WTO, Anthony B. Atkinson und Richard Senti, sind Ökonomen, die auf diesen beiden Gebieten zu den weltweit führenden Autoritäten zählen. Roland Vaubels Buch über den Euro und Europa schließt den Kreis zu Sinn, der seine Autobiographie mit einem Kapitel zu Europa enden läßt. Beide Autoren sehen sich veranlasst, ihrer Diagnose über den Zustand Europas dringliche Reformvorschläge, die zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen, anzufügen.

- Hans-Werner Sinn: Auf der Suche nach der Wahrheit. Autobiografie. Freiburg: Herder-Verlag 2018, 672 Seiten, geb., ISBN 978-3-451-34783-2. € 28,00
- Anthony B. Atkinson: Ungleichheit – Was wir dagegen tun können. Aus dem Englischen von Hainer Kober. Stuttgart: Klett-Cotta 2018, 474 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-608-94905-6. € 14,95 [Originalausgabe: Inequality. What can be done? Harvard University Press, Cambridge/Mass. 2015]
- Richard Senti, Peter Hilpold: WTO, System und Funktionsweise der Welthandelsordnung. Zürich-Berlin-Wien: NWK Verlag 2. Auflage 2017, 547 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-7083-1190-6. € 82,00
- Roland Vaubel: Das Ende der EUromantik. Neustart jetzt. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2018, 174 Seiten, Softcover, ISBN 978-3-658-18562-6. € 17,99



und der handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechte in das Vertragswerk sowie die Schaffung einer regelgebundenen Streitschlichtung. Dem stellt er drei aktuelle Probleme gegenüber, darunter das krebstartige Wachstum der mittlerweile 400 regionalen Freihandelszonen. Sie widersprechen dem für die WTO fundamentalen Meistbegünstigungsprinzip und höhnen, so Senti, einen bildhaften Vergleich von Bhagwati zitierend, „wie Termiten die Welthandelsordnung aus und lassen sie als hoffnungsloses Wrack zurück“. Senti schließt etwas resignierend mit dem Verweis auf die wachsende Ausnutzung bilateraler Verhandlungsmacht der großen Blöcke USA, China, EU und der Hoffnung, dass die in den WTO-Prinzipien der Multilateralität und Meistbegünstigung angelegte Interessenwahrung der kleinen Länder dabei nicht vollends unter die Räder kommen möge.

Das vorliegende Buch ist ohne Zweifel das beste verfügbare deutschsprachige Werk über die WTO. Insofern bietet es eine hervorragende Begleitung und Wegweisung durch die derzeitigen handelspolitischen Kontroversen.

Gleichwohl fehlt es an manchem. Drei Punkte seien erwähnt: (1) Inwieweit eine am Freihandelsideal orientierte Handelspolitik unter den Bedingungen von Wettbewerbsverzerrungen, Staatshandelsunternehmen, externen Effekten u.a.m. überhaupt noch zielführend sein kann, wird nicht erörtert.

**V**aubel vertritt die These, dass der Euro der Preis für die Wiedervereinigung war. Zur Unterstützung dieser These führt er eine ganze Reihe von Zeitzeugen, insbesondere aus dem Umfeld von Mitterrand, an. Die damals verantwortlichen deutschen Politiker Kohl, Genscher, Waigel haben diese These jedoch stets entschieden zurückgewiesen. Die retrospektive Gegenüberstellung der beiden Positionen ist eine aufschlussreiche, ja ausgesprochen spannende Lektüre. Mitterrand war wohl bewusst, die Wiedervereinigung nicht verhindern, wohl aber verzögern zu können. Umgekehrt war Kohl bewusst, dass das Zeitfenster für die Wiedervereinigung möglicherweise nicht lange offenstehen würde. Insofern war der Euro vielleicht nicht der Preis für die Wiedervereinigung per se, sondern für ihr rasches und einvernehmliches Zustandekommen.

(2) Mehr als Zölle restringieren heute nicht-tarifäre Handelshemmnisse den Handel. Viele heimische Regulierungen haben zwar handelshemmende Wirkungen, sind aber nicht zu diesem Zweck geschaffen, sondern dienen in einem breiten Sinn der heimischen Daseinsfürsorge, z.B. in Form von Arbeitsstandards, Umweltstandards, Gesundheitsstandards, Infrastrukturalen.

(3) In einer jüngeren Arbeit hat Rodrik gezeigt, dass die Lobbying Aktivitäten sich zunehmend aus der traditionellen Importvermeidung in die Exportforcierung verlagern. So laden gerade die in die WTO aufgenommenen TRIPs- und GATS-Vereinbarungen zu missbräuchlicher Ausnutzung von Marktmacht exportierender Unternehmen etwa der Pharmaindustrie in Entwicklungsländern und der Telekommunikationsindustrie in Industrieländern ein. Mehr Handel und mehr Wohlfahrt kann also durchaus zweierlei sein.

**Roland Vaubel: Das Ende der EUromantik. Neustart jetzt. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2018, 174 Seiten, Softcover, ISBN 978-3-658-18562-6. € 17,99**

Roland Vaubel ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Seit vielen Jahren begleitet er kritisch die Entwicklung der Europäischen Integration. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums und der European Constitutional Group, einer Gruppe liberaler Ökonomen und Juristen, die die Europäische Integration ordnungspolitisch und verfassungsrechtlich kommentiert.

Die vorliegende, schmale Monographie, deren Manuskript im Juni 2017 abgeschlossen wurde, knüpft an die seit 2010 schwelende Eurokrise, die Flüchtlingswelle 2015 sowie den Brexit 2016 an. Sie sieht die Eurozone sowie die EU als Ganze an einem Scheideweg. Die eine Abzweigung führe zu einem die politischen Ränder weiter stärkenden „Weiter so“, die andere zu einem zukunftsweisenden „Neustart jetzt“. Den Bausteinen eines „Neustarts“ vorangestellt werden die europapolitischen Fehlentwicklungen der Vergangenheit. Der Autor wertet zahlreiche Zeitungsartikel, Interviews und Memoiren beteiligter Akteure aus, um das politische Ringen um die Interpretationen, Dehnungen, Umgehungen und Verletzungen des EU-Vertrages sichtbar werden zu lassen. Mit dem „Neustart“ sollen die Defizite der Vergangenheit und die derzeitige Frustration über Europa überwunden werden.

Vaubel vertritt die These, dass der Euro der Preis für die Wiedervereinigung war. Zur Unterstützung dieser These führt er eine ganze Reihe von Zeitzeugen, insbesondere aus dem Umfeld von Mitterrand, an. Die damals verantwortlichen deutschen Politiker Kohl, Genscher, Waigel haben diese These jedoch stets entschieden zurückgewiesen.

Die retrospektive Gegenüberstellung der beiden Positionen ist eine aufschlussreiche, ja ausgesprochen spannende Lektüre. Mitterrand war wohl bewusst, die Wiedervereinigung nicht verhindern, wohl aber verzögern zu können. Umgekehrt war Kohl bewusst, dass das Zeitfenster für die Wiedervereinigung möglicherweise nicht lange offenstehen würde. Insofern war

der Euro vielleicht nicht der Preis für die Wiedervereinigung per se, sondern für ihr rasches und einvernehmliches Zustandekommen.

Dass und wie sich die EZB vertragswidrig abhängig von der Politik gemacht hat, wird anschließend von Vaubel detailliert ausgeführt. Die Rücktritte von Axel Weber, Bundesbankpräsident, und Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der EZB, die diese EZB-Politik nicht mittragen wollten, blieben jedoch politisch und ökonomisch wirkungslos.

Die Haftung einzelner Mitgliedsländer der Währungsunion für die Schulden anderer Mitgliedsländer der Währungsunion war durch die No-Bail-Out-Klausel des Artikel 104 des EU-Vertrages definitiv ausgeschlossen. Gleichwohl wurde mit den Rettungspaketen 2010 eine Haftungsübernahme beschlossen; zunächst für drei Jahre, kaum ein Jahr später im ESM zeitlich unbegrenzt. Vaubel lässt die Erpressungsdramaturgie noch einmal Revue passieren.

Eine verdienstvolle Zusammenstellung der im Zusammenhang mit der Rettungspolitik ab 2010 erfolgten Rechtsbrüche schließt sich an. Vaubel zählt insgesamt 17 Verstöße, gestützt auf die Stellungnahmen zahlreicher, überwiegend deutscher Juristen. Er bettet die juristische Argumentation in den ökonomischen Kontext ein und präsentiert ihren Kern in leicht verständlicher Sprache. Vaubel verweist auf Paul Kirchhof, der generell eine unterschiedliche Bereitschaft in den Mitgliedstaaten, das Recht zu befolgen, beklagt. An die Stelle der Rechtsbefolgung werde die „Tugend“ der Flexibilität gesetzt. Im Folgenden steuert Vaubel interessante Überlegungen zur Migrationsdebatte bei. Zunächst betont er mit Blick auf die von der EU als „unverhandelbar“ gekennzeichneten vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, dass zwischen der Freizügigkeit der Personen einerseits und der von Waren, Dienstleistungen und Kapital andererseits ein grundlegender Unterschied besteht. Die letzteren drei sind Gegenstand von Kaufverträgen, die, wenn sie auf freiwilliger Basis zustande kommen, einen Wohlfahrtsgewinn für beide Marktteilnehmer und damit auch für beide Volkswirtschaften beinhalten. Bei der Freizügigkeit der Arbeit ist dies nicht so. Die Einheimischen müssen sich die von ihnen finanzierten öffentlichen Güter mit den Zugewanderten teilen und erleiden insoweit eine Wohlfahrtseinbuße.

Als letzte Ursache der verflogenen Europhorie und EUromantik nennt Vaubel die Entfremdung zwischen den europapolitischen Akteuren und den Bürgern Europas. In Anwendung der Public Choice Theorie, zu deren Popularität Vaubel selbst wesentlich beigetragen hat, beschreibt er, gestützt auf zahlreiche empirische Untersuchungen, die Diskrepanz zwischen dem, was die Eurokraten in Parlament, Kommission, Rat und EuGH einerseits und die Bürger andererseits von und mit Europa wollen. Insbesondere der Wunsch der Eurokraten nach mehr Zentralismus findet keinen Widerhall bei den Bürgern, die mehr Dezentralität und Subsidiarität wünschen.

Was folgt aus alledem? Nach Meinung des Autors ist ein grundlegender Neustart der EU erforderlich. Zu diesem Zweck macht er sechs Vorschläge. Fünf davon betreffen die EU, einer, allerdings aufgespalten in 14 Detailvorschläge, betrifft die Währungsunion. Die Vorschläge laufen – zusammengefasst – darauf hinaus, den einzelnen Mitgliedsländern eine größere

Flexibilität hinsichtlich der Integrationsverpflichtungen einzuräumen. Die die EU betreffenden Vorschläge basieren auf den Angeboten, die die EU den Briten für den Fall des Verbleibs in der Union im Februar 2016 gemacht hatte. Was vor dem Brexit von allen EU-Mitgliedern als sinnvoll erachtet war, kann nach dem Brexit nicht falsch sein. Zu diesen Angeboten gehört der Verzicht auf die rechtliche Verbindlichkeit des Ziels „eines immer engeren Zusammenschlusses“ für alle Mitgliedsländer, ein Opt-Out-Recht für die Mitgliedsländer in für sie essentiellen Politikbereichen, sowie das Recht der Mitgliedstaaten

**M**an sieht daraus, wie stark die „Vision Europa“ ist, wenn ein Autor an der existierenden EU zu Recht so viel Kritikwürdiges findet und dennoch die Hoffnung auf ihre Reformfähigkeit nicht verliert.

auf Steuerung der Zuwanderung. Die so möglich werdende partielle Rückgewinnung nationalstaatlicher Souveränität entspricht dem Demokratieprinzip, stärkt die Zustimmung zur EU und trägt zum Abbau der Spaltung der Gesellschaften bei. Die die Währungsunion betreffenden Vorschläge beinhalten ein Opt-Out-Recht eines Mitgliedslandes, eine Stimmgewichtung im Zentralbankrat nach der Größe des Landes sowie eine Entlassung der EZB aus der Pflicht zur Bankenaufsicht. In einem Nachwort konzediert Vaubel die geringe Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung seiner Vorschläge. Dies ist wohl so, da sich mit dem Brexit die Mehrheitsverhältnisse in der Union fundamental verändert haben. Stattdessen sieht er eine Fortsetzung des Marsches in die Haftungsunion. Im Vorwort schreibt er: „In der Computersprache ausgedrückt ist meine Empfehlung: ‚Aktualisieren und neu starten‘. Sie lautet nicht ‚Herunterfahren‘. Schalten Sie das Programm nicht ab!“. Man sieht daraus, wie stark die „Vision Europa“ ist, wenn ein Autor an der existierenden EU zu Recht so viel Kritikwürdiges findet und dennoch die Hoffnung auf ihre Reformfähigkeit nicht verliert. ■

---

*Prof. Dr. Karlhans Sauerheimer (khs) wirkte von 1994 bis zu seiner Emeritierung im März 2010 als Professor für VWL an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er publiziert schwerpunktmäßig zu Themen des internationalen Handels, der Währungs- und Wechselkursstheorie sowie der Europäischen Integration. Er ist Koautor eines Standardlehrbuchs zur Theorie der Außenwirtschaft und war lange Jahre geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuchs für Wirtschaftswissenschaften.*  
*karlhans.sauerheimer@uni-mainz.de*